

## Ost-West-Konvergenz als Streitfall erledigt?

Es gibt kaum eine andere Streitfrage der Wirtschaftspolitik, die unter den *Experten* so kontrovers diskutiert wurde wie das offene Problem der *Konvergenz* zwischen den Regionen Ost und West innerhalb Deutschlands. Hier gingen bisher die vertretenen Meinungen erheblich und differenziert auseinander, was nachstehend gezeigt wird.<sup>1</sup>

Gleichwohl scheint das öffentliche oder politische Interesse an dieser Problemstellung in den letzten Jahren schon auffällig erlahmt. Seit ganz Europa unter der Finanzmarktkrise leidet, hat m. E. auch die Linkspartei ihre Position zum „Konvergenzproblem Ost-West“ aus ihren neueren Bekundungen verdrängt.

Nachstehend eine Übersicht in Form von Tabellen zu den ausgewählten Aussagen von Experten:

Tabelle 1: Meinungen über die Ursachen der entstandenen Konvergenzlücken Ost-West

	Autor	Jahr	Aussagen zu Ursachen der Konvergenzlücke Ost-West
1	Ragnitz	2009b	Nicht änderbare Grundsatzentscheidungen von 1990 ff. führten zu negativen Verzerrungen der Industriestruktur (u.a. „verlängerte Werkbänke“, Dominanz kleiner und mittlerer Unternehmen)
2	DB Research	2009	Fehlen von Hauptsitzen von Unternehmen
3	IWH/IAB/DIW/ u.a.	2011	Strukturelle Defizite, u.a. Mangel an Führungsfunktionen; Trend zu Vorleistungsproduzenten
4	Alecke u.a.	2010	Zeitweiliger Reflex früherer struktureller Verzerrungen nach 1990
5	Heilemann	2010	Konjunkturelle nur geringfügige negative Einflüsse nachweisbar
6	Brenke u.a.	2010	Fehlen herausragender Agglomerationszentren führt zu geringer Präsenz höherwertiger Dienstleistungen
7	Paqué	2009b, 2010	Mangel an Produktinnovationen u. zu geringe eigene Preisdurchsetzungskraft; Nachteilige Ausgangsbedingungen; unzureichende Clusterbildung Ost; Orientierung auf traditionelle Industrien
8	Burda u. Bert- hold/Kullas	2010 2009	Mangelnde Preisdurchsetzungsfähigkeit infolge mangelnder Innovationen
9	Bachmann u.a.	2010	Produktivitätsrückstand durch negative Betriebsgrößenstruktur
10	Smolny	2011	Nachlassender Lohndruck Ost vermindert Produktivitätsanstieg Ost

<sup>1</sup> Friedrich Ebert Stiftung, *Ostdeutschland 2020*. Die Zukunft des „Aufbau Ost“, Autoren: Holtmann, Ragnitz, Völkl; 2011; diese Studie liegt *vorwiegend* hier angeführten tabellarischen Daten u. Angaben zugrunde, ergänzt um neueste Veröffentlichungen.

11	Hüther	2009	Strukturelle Defizite in der Industrie, wie z.B. fehlende Konzernzentralen
12	Birkenbach/ Bode	2011	Abwanderung durch westdeutsche Agglomerationszentren
13	Uhlig	2007, 2008	Stärkere westdeutsche Einbindung in regionale Produktionsnetzwerke
14	EFI	2010	Weniger anspruchsvolle FuE-Projekte im Osten als im Westen
15	Sinn/Sinn	2010	Hohe Kapitalexporte infolge zu geringer Investitionschancen
16	Martin		Westdeutsche Steuermehreinnahmen durch Ost-West-Wanderungen und -Pendlerströme liegen höher als staatliche Transfers West-Ost
17	Blum	2010	Ostdeutsche Abwanderungsverluste generieren im Westen Mehreinnahmen, die insgesamt höher als Aufbauhilfen West-Ost sind
18	Busch u.a.	2009	Kein „selbsttragender Aufschwung“ in Sicht; strukturelle Defizite durch westdeutsche Dominanz
19	Land	2010	Fragmentierung der Industrie nach hochleistungsfähigen und kleineren/ mittleren Unternehmen mit unterschiedlichen Markt- Chancen

Tabelle 2: Prognosen zu den Perspektiven der Konvergenz

	Autor	Jahr	Aussagen zu den Prognosen für weitere Konvergenz
1	Scheufele/ Ludwig	2009	Erst in 50 Jahren wird die Angleichung an das westdeutsche Leistungsniveau (BIP je Einwohner) erreicht.
2	Ifo ,(Arent u.a.)	2011	In den nächsten 15 Jahren kein schnellerer Abbau der West-Ost-Kluft
3	IWH/IAB/DIW/ u. a.	2011	Räumliche Unterschiede verhindern die weitere oder vollständige Angleichung an das westdeutsche Durchschnittsniveau
4	Brenke/ Zimmermann	2009	Abschied von der Vorstellung, dass der Osten auf absehbare Zeit zum Westen aufschließen kann infolge der besonderen Siedlungsstruktur
5	Ragnitz	2009a 2011a	Maximal 95 % der gesamtwirtschaftlichen Konvergenz sind infolge der regionalen Strukturunterschiede im Durchschnitt erreichbar spürbare Verlangsamung der Aufholprozesse ab 2018
6	Burda	2010	Regionale Differenzierung der Konvergenzziele Ost-West notwendig
7	Anger/Plünnecke	2010	Wachstumsprozesse wegen fehlendem Nachwuchs (Bildungsstruktur) ausgeschlossen
8	Ludwig	2007	Bis 2025 sind nur knapp 70 % der BIP-Leistung pro Kopf des gesamtdeutschen Durchschnitts im Osten erzielbar
9	Maretzke	2010	Ostdeutsche „Potentialfaktoren“ bleiben auch künftig „äußerst schlecht“
10	Merkl/Snowe	2008	Unter den gegebenen Rahmenbedingungen keine selbsttragende Entwicklung im Osten möglich
11	Röhl	2009	Erwartet vermehrte Zuwanderung von Fachkräften im Osten, die den Konvergenzprozess stützen
12	Bundesregierung	2010	Lässt die Möglichkeit einer Konvergenz Ost zu den schwächeren westdeutschen Bundesländern zu, falls sich im Osten eine deutliche Fortsetzung des Wach-

			stumstrends zeigt
13	IdW, Scharr	2009 2009	Bis 2020 ist das ostdeutsche Einkommensniveau weitgehend an das westdeutsche angleichbar, was weitere Strukturhilfen unnötig macht
14	Fisch	2010	Weitere Strukturanpassung Ost-West setzt fortgesetzte Hilfen voraus, ohne die kein regionalpolitischer Ausgleich möglich ist.
15	Hensche u.a.	2008	Dauerhafte Arbeitslosigkeit künftig auch für gering Qualifizierte zu erwarten

In jüngster Zeit wurden die Daten der Tabelle 2 ergänzt durch Holtemüller/Irrek, die in ihrer Projektion für 2025 das „reale BIP je Einwohner Ost“ auf 70,8 % des gesamtdeutschen Durchschnitts (=100) angaben. Dort finden sich auch differenzierte Prognosen für die einzelnen ostdeutschen Länder. (IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 4/2012, S. 139)

Die anfänglichen öffentlichen Hoffnungen zum Angleichungsprozess Ost-West (bis spätestens zum Jahr 2000) sind im Bewusstsein der Ostdeutschen erloschen, da sie sich längst als unerfüllbarer Wunschtraum erwiesen haben. Verschämt spricht die Bundesregierung (2010) noch von der bestehenden „Möglichkeit“ einer Konvergenz unter günstigen Wachstumstrends. (Tabelle 2, Ps. 12)

Ein Scheitern des Aufbaus Ost – gemäß anfänglichen Erwartungen – wird jedoch von der Bundesregierung definitiv nicht direkt eingeräumt. „Der Aufbau Ost ist deshalb keineswegs gescheitert; unterschätzt wurden jedoch die Fristen für die Angleichung an das Westniveau“, lautet die verbrämte Rückzugsposition von Optimisten in der offiziellen Forschung. (Siehe z.B. bei IWH, „Wirtschaft im Wandel“ Nr. 5/2012, S. 150)

Aus *alternativer* Sichtweise wurde wiederum oder nochmals 2009 darauf verwiesen, dass die ostdeutschen Strukturdefizite hauptsächlich transformationsbedingt sind. (Tabelle1, Pos. 18) Konkret wurde u.a. dort auf fehlende Großunternehmen, auf zu niedrige Gesamtleistung im Verarbeitenden Gewerbe, speziell im Maschinenbau und im Export, auf den Rückgang der Investitionsintensität je Einwohner im Vergleich zum Westen und auf zu schwache FuE-Leistungen verwiesen. (S. 25/26) Auch die Strukturveränderungen im Bildungswesen wirken hier verhängnisvoll. (S. 29/30)

Erst nach 17 Jahren (2007) erreichte im Osten das Niveau der Wertschöpfung (preisbereinigt) im Verarbeitenden Gewerbe wieder den Stand von 1989, während in Westdeutschland dieser Stand auf 124 % angewachsen war. (S. 26)

Am Ende der alternativen Analyse steht folgende Einsicht: „Die 1990 vollzogene Vereinigung Deutschlands ist erst vollendet, wenn der staatlichen Einheit die wirtschaftliche und soziale Einheit folgen. Solange dies nicht der Fall ist und statt

der wirtschaftlichen und sozialen Einheit ein ‚tiefer Riss‘<sup>2</sup> durch dieses Land geht, ist die innere Einheit nicht gegeben ...“ (S. 157)

Hiervon ausgehend, ist der Streitfall „Konvergenz“ – objektiv gesehen – durchaus noch nicht erledigt. Es ist den ostdeutschen Bürgern sehr schlecht zu vermitteln, dass ihr Anteil an der gesamtdeutschen „Produktivität je Einwohner“ auf einem innerdeutschen Vergleichsniveau von ca. 70 % in den kommenden zwanzig Jahren zurückbleiben soll, wodurch auch ihr Lebensniveau auf dem Stande *relativer Armut* in Deutschland (kombiniert mit subregional verbreiteter absoluter Armut) verharren dürfte.

Diesen ostregionalen Rückstand wenigstens *abzumildern*, kann man dem IWH zustimmen: „... die Intensität der strukturellen Nachteile in Ostdeutschland wird jedoch auch künftig dazu führen müssen, dass bei ausgleichspolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise der Regionalpolitik, in der Summe mehr Mittel in den Osten fließen.“ (J. Günther, „Wirtschaft im Wandel“, 5/2012, S. 150)

Dies ändert jedoch nichts an der Grundtatsache des dann eingetretenen historischen Zurückbleibens der ostdeutschen Bundesländer bis zum Jahre 2020/2025.

---

<sup>2</sup> Vgl. Kirchlicher Herausgeberkreis: „Zerrissenes Land. Perspektiven der deutschen Einheit“. Jahrbuch Gerechtigkeit III, Oberursel 2007